



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

25. Sitzung (öffentlich)

11. Dezember 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3527	
Ausschussprotokoll 16/392	
– Aussprache	
Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und der Piraten einstimmig angenommen.	

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3527 wird in der durch den einstimmig verabschiedeten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen modifizierten Fassung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Piraten einstimmig angenommen.

2 Hochschulfinanzierung transparent gestalten – Benachteiligung von Hochschulen durch leistungsorientierte Mittelvergabe beenden **12**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2281

Ausschussprotokoll 16/291

– Aussprache

Der Ausschuss stimmt über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/2281 ab:

Für den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/2281 stimmt die Fraktion der Piraten. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. – Der Antrag ist damit abgelehnt.

3 Praxissemester in der Lehrerausbildung **16**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3539

– Aussprache

Der Ausschuss verständigt sich nach seiner Aussprache darauf, die weitere Befassung mit dem Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/3539 zu schieben.

4 Staatliche Subventionen für Private Universität Witten/Herdecke beenden **19**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4018

– Aussprache

Der Ausschuss stimmt über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/4018 ab:

Für den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/4018 stimmt die Fraktion der Piraten. Gegen den Antrag der Fraktion der Piraten stimmt die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. – Der Antrag wird damit mehrheitlich abgelehnt.

5 Forschung und Innovationen im Mittelstand in NRW durch gezielte Maßnahmen stärken – bestehende Instrumente zur KMU-Unterstützung optimieren und ausbauen **23**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4444

– Aussprache

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag seines Vorsitzenden einvernehmlich darauf, im Rahmen der Obleuterunde in der kommenden Woche weitere Gespräche – unter anderem zum Termin für die geplante Anhörung zum Antrag der FDP-Fraktion – zu führen und dabei auch den Antrag der CDU-Fraktion im Blick zu haben.

- 6 Bericht des LT-Gutachterdienstes Haushalts- und Finanzrecht vom 18.11.2013 zum Einzelplan 06 Haushaltsentwurf 2014: Stellenentwicklung an den Hochschulen 25**
- Vorlage 16/1470
- Aussprache
- 7 Verlängerung der Frist für die Hochschulen zur Abgabe von Stellungnahmen zu dem Referentenentwurf der Landesregierung zur Änderung des aktuellen Hochschulgesetzes 27**
- Vorlage 16/1469
- Aussprache
- 8 Kampagne gegen Menschenfeindlichkeit an der Universität Bielefeld 30**
- Vorlage 16/1465
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet
 - Aussprache
- 9 Verschiedenes 31**
- a) Ergebnis des Senats- und Bewilligungsausschusses zum Förderprogramm Sonderforschungsbereiche der DFG 31**
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet
- b) Durchführung einer Informationsreise nach Portugal/Spanien im Jahr 2014 31**
- Der Ausschuss stimmt einstimmig der Durchführung einer Informationsreise nach Portugal/Spanien im vom Vorsitzenden erläuterten Rahmen zu.
- c) Verfahren zum Antrag der Piraten „Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen“ – Drucksache 16/4435 32**
- Der Ausschuss wird sich an der Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/4435 nachrichtlich beteiligen.

d) Nächste Sitzung

- Terminhinweise

e) Bachelor- und Master-Studienplätze für Psychologiestudierende 32

- Aussprache

* * *

c) Verfahren zum Antrag der Piraten „Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen“ – Drucksache 16/4435

Vorsitzender Arndt Klocke informiert den Ausschuss darüber, der federführende Schulausschuss habe in seiner heutigen Sitzung die Durchführung einer Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion beschlossen. Terminiert sei die Anhörung voraussichtlich ab Mai. Nähere Einzelheiten würden demnächst festgelegt.

Der Ausschuss wird sich an der Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/4435 nachrichtlich beteiligen.

d) Nächste Sitzung

Vorsitzender Arndt Klocke weist auf Mittwoch, den 22. Januar 2014, als Termin für die nächste im neuen Jahr vorgesehene Sitzung hin. Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr. In dieser Sitzung werde die DGB-Umfrage zu Arbeitsbedingungen an Hochschulen in NRW vorgestellt. Eine Diskussionsrunde mit dem DGB und weiteren Sachverständigen sei vorgesehen. Verabredungsgemäß veranschlagt seien hierfür zwei Stunden. Anmeldungen zu weiteren Themen für diese Sitzung könnten noch eingereicht werden.

e) Bachelor- und Master-Studienplätze für Psychologiestudierende

Astrid Birkhahn (CDU) dankt für die Berichte der Ministerin im Nachgang zur letzten Sitzung, unter anderem zum Thema „Bachelor- und Master-Studienplätze für Psychologiestudierende“. Der Vorlage der Ministerin sei zu entnehmen, dass nur 31 % Schwierigkeiten hätten. Diesen Prozentsatz von ungefähr einem Drittel der Studierenden halte sie allerdings für erklecklich.

StS Helmut Dockter (MIWF) antwortet, möglicherweise habe sich die Angelegenheit in der Zwischenzeit erledigt. In Rede habe gestanden, inwieweit noch weitere Unterstützung zum Thema „Care“ an die Sprecher ausgehändigt würden. Das geschehe gerade. Es handele sich um vertrauliche Unterlagen, deren Aushändigung von den Obleuten zu quittieren sei.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) reagiert auf den Wortbeitrag der Abgeordneten Birkhahn: Er habe den Bericht so gelesen, dass sich die von der Abgeordneten genannte Zahl von Bachelor-Absolventen auf Universitäten beziehe, die das Problem hätten, dass in Stellenausschreibungen andere Abschlüsse als zum Beispiel ein Diplom- oder Master-Abschluss gefragt seien. Einbezogen seien alle Fächer. In Psychologie gehe es um 31 %.

